

11.11.2008 Aussprache zur Regierungserklärung von MP Althaus zum Thüringen Monitor

Redner: Abgeordneter Mike Mohring

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen in der Bewertung zum Thüringen-Monitor 2008 haben wir in der Rede von Christoph Matschie eben erlebt, dass es gut ist, dass die SPD-Fraktion nicht beim IGLU-Test 2008 mitmachen musste.

(Beifall CDU)

Beim IGLU-Test 2008 wurde bei den Viertklässlern die Lesekompetenz abgefragt. Und jetzt stellen Sie sich vor, die SPD-Fraktion hätte bei diesem Lesekompetenztest zu TOP 1 dieser Tagesordnung mitmachen müssen und hätte nicht nur ablesen, sondern auch verstehen müssen, dass wir hier über den Thüringen-Monitor reden und nicht zu TOP 21, wo Christoph Matschie vergeblich seine Rede nicht halten wollte, sondern Sie jetzt gehalten hat. So interessant wie Ihre Rede war, ich werde zu einzelnen Punkten noch mal darauf eingehen, gehört es auch zur guten politischen Kultur, dass man die demokratischen Spielregeln einhält.

(Beifall CDU)

Wenn ein Landtag sich eine Geschäftsordnung gibt und wenn ein Landtag sich eine Tagesordnung gibt, dann tun alle gut daran, parlamentarische Demokratie auch so auszuleben, dass man zu den Punkten spricht, wo man auch gefragt wird. Das lernen die Schüler in der Schule.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das sind Punkte, an denen man sich selbst verherrlichen will.)

Es täte gut, wenn alle Politiker sich daran halten und auch mit Vorbild da herangehen würden.

(Beifall CDU)

Ministerpräsident Dieter Althaus hat zu Beginn der Plenartagung die Inhalte des Thüringen-Monitors 2008 kurz zusammengefasst. Er hat in der Durchsicht der Studie bestätigt, was auch die Thüringer in den Abfragen zum Thüringen-Monitor gesagt haben. Nämlich, wir leben 19 Jahre nach der friedlichen Revolution und gut 18 Jahre nach der Wiederbegründung des Freistaats Thüringen in konsolidierten Verhältnissen. Die parlamentarische Demokratie und die

soziale Marktwirtschaft in Thüringen sind akzeptiert und die Bürgerinnen und Bürger haben ein zutreffendes Urteil zu den politischen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Der politische Extremismus ist und bleibt ein zwar nicht zu vernachlässigendes, aber ein für uns beherrschbares Problem. Es ist zwar nicht weiter erstaunlich, dass zumindest vonseiten der Linksfraktion heute im Landtag wieder ein anderes Bild gezeichnet wurde. Sie scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, immer dieses Thema auch vor sich herzutragen, weil sie letztendlich ihre eigene politische Existenz damit begründen. Wir meinen aber insgesamt die verbreitete Lebenszufriedenheit und die Heimatverbundenheit der Thüringer werden Sie damit genauso wenig beseitigen können wie den Kompetenzvorsprung, den nach diesem Thüringen-Monitor 2008 die Thüringer Bürgerinnen und Bürger nicht allein in dieser Umfrage der CDU in Thüringen zugeschrieben haben.

(Beifall CDU)

Wir wollen Ihnen auch sagen, weil das auf beide Redner zutrifft, auch wenn Sie vorwiegend rot sehen, lassen wir uns freilich nicht dazu verleiten, alles in hellen Farben zu beschreiben. Zur politischen Verantwortung unserer Mehrheitsfraktion gehört es nämlich, die Anfragen an die Politik ernst zu nehmen, die sich aus dem Thüringen-Monitor 2008 ergeben. Darauf werde ich mich im Folgenden beschränken, aber ich werde auch in einem zweiten Teil noch einmal etwas zu den Ausführungen von Christoph Matschie zur Finanzmarktkrise sagen.

Lassen Sie mich aber zunächst auf das Thema "Abwanderung" eingehen. Es ist bemerkenswert, dass es die Thüringer als politische Herausforderung an erster Stelle gesetzt haben. Es ist nach unserer Auffassung das wichtigste Thema und es ist letztendlich die größte Herausforderung, an der sich eine gute Zukunft für den Freistaat Thüringen festmachen wird. Letztendlich ist es zugleich die Antwort darauf, unseren zukünftigen Fachkräftebedarf befriedigen zu können. Es zeigt sich daran im Thüringen-Monitor, wie wach die Bürgerinnen und Bürger das Geschehen im Land ernst nehmen, und es zeigt sich, dass die unbestreitbaren Fortschritte am Arbeitsmarkt auch von den Bürgern in Thüringen wahrgenommen werden. Mehr als zwei Drittel sehen in der Abwanderung

das größte Problem Thüringens. Wenn ein Drittel der jungen Erwachsenen sagt, sie werden fortziehen oder wahrscheinlich fortziehen, so sind das in der Tat für uns bedrückende Werte. Selbst wenn unser Altministerpräsident Dr. Bernhard Vogel zu Recht gemahnt hat, zur Abwanderung immer auch die Zuwanderung in den Blick zu nehmen, bleibt für uns festzustellen: Dass junge Qualifizierte und vor allen Dingen die nächste Müttergeneration überdurchschnittlich oft abwandern wollen und abwandern, ist tatsächlich für die Zukunft in der Politik eine echte Herausforderung. Wie wir auch aus dieser Umfrage wissen, ist die Abwanderung keine Entscheidung gegen Thüringen. In den Worten der Monitor-Verfasser ist die starke Bindung an Thüringen ungebrochen. Die Thüringer Identität ist ausgeprägt und eine deutliche Mehrheit der Thüringer ist hochzufrieden mit ihrem Leben in Thüringen und nur eine Minderheit kann sich vorstellen, dass Thüringen letztendlich auch in einem mitteldeutschen Land aufgeht.

(Beifall CDU)

Wir wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass viele auch zurückkommen, wenn sich dafür eine wirtschaftliche Perspektive bietet. Entscheidend sind Arbeits- und Ausbildungsplätze. Der Vorstandsvorsitzende der Jenoptik AG Michael Mertin hat es auf den Punkt gebracht und gesagt: Die Abwanderung allein bestimmt der Markt und dazu gehören mit an erster Stelle leistungsgerechte und wettbewerbsfähige Löhne.

(Beifall CDU)

Wir wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass für gute Arbeit, die die Thüringer leisten, auch guter Lohn in der Zukunft gezahlt wird.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Diesen Impuls, den wir setzen wollen, den wir nur beschränkt auf den öffentlichen Dienst setzen können, wird meine Fraktion in dieser Plenarsitzung auch beantragen. Wir wollen, dass Beamtenanwärtern in 20 Tagen das gleiche Gehalt wie ihren Kolleginnen und Kollegen in den westlichen Bundesländern gezahlt wird. Das ist der Einstieg in 100 Prozent West, der sich daran anschließen wird.

(Beifall CDU)

Wir verstehen das zugleich als Signal an die Wirtschaft.
Wer nicht ordentlich zahlt, darf sich nicht über
Abwanderung und letztlich auch nicht über Fachkräftebedarfe
beklagen.

(Beifall CDU)

Ihren Fachkräftezuwachs müssen aber letztlich die
Firmen in Thüringen selbst sichern. Das Land unterstützt
sie dabei in vielfältiger Weise, etwa durch Angebote
wie Ausbildungspakt und Ausbildungsförderung,
die Allianz für Familie und Beruf, Initiativen zur
Berufswahlvorbereitung sowie den Unternehmer- und
Fachkräfteservice (UFaS) in Thüringen. Der ewige
Vorwurf der Opposition, auf diesem Gebiet geschehe
nichts, ist falsch, aber wir wissen, es bleibt eine wichtige
Herausforderung für die Zukunft.

(Beifall CDU)

Aber, meine Damen und Herren, wir glauben nicht
daran, dass die Wanderungsbewegungen ein Naturgesetz
sind. Durch attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen
hat Thüringen alle Chancen, in Zukunft
auch mehr Menschen als derzeit abwandern anzuziehen,
wenn die Löhne sich weiter angleichen. Vor
diesem Hintergrund ist wichtig, dass die Menschen
in Thüringen eines sehen: Es geht aufwärts, Thüringen
ist ein Zukunftsland. Nicht zuletzt sagen deshalb
nach dem Thüringen-Monitor gleichbleibend gut die
Hälfte bis regelmäßig knapp zwei Drittel der Befragten,
dass sie ihre eigene persönliche Lage als
gut einschätzen. Darauf wollen wir aufbauen.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer Menschen
für Thüringen begeistern will, der muss offen
für sie sein. Vor diesem Hintergrund ist erfreulich,
dass die Überfremdungsängste im Thüringen-Monitor
deutlich zurückgegangen sind. Es scheint sich doch
allmählich auch in Thüringen herumzusprechen und
darüber hinaus, dass es geradezu absurd ist, in
Thüringen von Überfremdung zu reden.
Ich will an dieser Stelle einen kleinen Einschub
machen, weil ich auf Folgendes eingehen will, weil
in den vergangenen Wochen gelegentlich von berichtenden
Schreibern mir vorgehalten wurde, ich
würde insbesondere gegen Herrn Ramelow als Wessi
polemisieren. Das ist blanker Unfug, weil ich Folgendes
dazu sagen will:

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE:

Das gehört aber auch nicht zum Thüringen-Monitor.)

Ich bin sehr dankbar für jeden westdeutschen Bürger, der seine Koffer in den alten Ländern packt und ihn bei uns in Thüringen wieder auspackt, um hier seine Wurzeln schlagen zu wollen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Aber keine Kommunisten.)

Von der Heiligen Elisabeth über Goethe bis Bernhard Vogel haben viele inner- oder außerdeutsche "Migranten" diesem Land gedient und hier ihre Wurzeln geschlagen. Dafür sind wir sehr dankbar.

(Heiterkeit und Beifall CDU, DIE LINKE)

Aber so einer ist Bodo Ramelow nicht.

(Beifall CDU)

Thüringer Landtag - 4. Wahlperiode - 99. Sitzung, 11.12.2008 9867

Für mich ist er ein politischer Handlungsreisender in Sachen Sozialismus, der sich nicht dem Freistaat Thüringen, sondern sich einer Ideologie verschrieben hat.

(Beifall CDU)

Die guten demokratischen Prioritäten "erst das Land, dann die Partei, dann die Person" setzt er nach meiner Beobachtung genau andersherum um.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Wie war das mit IGLU, Herr Mohring?)

Herr Ramelow hat im Norden Erfurts schon einmal einen Landtagswahlkreis gewonnen und ihn bei passender Gelegenheit im Stich gelassen. Wir, meine Damen und Herren, meinen, diese Handlungsreisenden haben in Thüringen keinen Platz.

(Beifall CDU)

Wir meinen aber auch, dass es nicht so aussieht, als ob Herr Ramelow das mit seinem Sortimentenkoffer hierzulande reüssieren kann, denn die soziale Marktwirtschaft in Thüringen steht auf festem Fundament.

Das ist für uns eines der wichtigsten Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2008. Bei einer knappen Mehrheit hat sie sogar außerordentlich starken Rückhalt. Selbst bei den Anhängern der LINKEN finden sich lediglich 36 Prozent ausgesprochene Gegner der sozialen Marktwirtschaft. Allerdings verdeutlichen die Verfasser auch, dass die Anhänger der LINKEN und der SPD die, wie sie schreiben, Systemfrage trennen. Bei den Sozialdemokraten sind die Kritiker des Wirtschaftssystems nur eine klitzekleine Randgruppe,

bei den LINKEN sind sie ähnlich groß wie die überzeugten Gegner der sozialen Marktwirtschaft. Natürlich wird beim Thema Marktwirtschaft nachgefragt: Wie wäre die Umfrage wohl ausgefallen, wenn sie in diesen Tagen gestellt worden wäre? Da stimmen wir ausdrücklich zu, dass dazu mit Sicherheit auch spannende Ergebnisse erzielt worden wären. Welche Antwort die Bürgerinnen und Bürger darauf geben, das haben wir aber zum Teil als Politik tatsächlich selbst in der Hand, indem wir vor allen Dingen zutreffend beschreiben, was wir gerade durchleben, und es nicht als billigen Vorwand benutzen, um die Systemfrage zu stellen, und es nicht als Vorwand benutzen, um mit Strohfeuern zu zündeln. Wir meinen, es ist wichtig, um Vertrauen zu werben und damit die Grundlage für Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft zu setzen.

(Beifall CDU)

Um es noch einmal deutlich zu sagen, am Beginn der Krise stand die geplatzte Immobilienblase in den USA, die vor allen Dingen deshalb möglich war, weil sich die Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft gelöst hat. Spielregeln, die wir für Deutschland und Europa kennen und die dort gelten und integraler Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft als einer staatlich gestalteten Ordnung sind, haben sich in den USA in der Vergangenheit nicht durchgesetzt. Jetzt stehen die Chancen dafür besser. Wir brauchen nicht weniger Markt und mehr Staat - die Frage geht am Wesenskern der sozialen Marktwirtschaft sowieso vorbei -, sondern wir brauchen vor allen Dingen international verlässliche Regeln. Deshalb setzen wir uns für eine internationale soziale Marktwirtschaft ein. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zu Recht eine Wirtschafts-UNO vorgeschlagen - das ist ein richtiger internationaler Weg.

(Beifall CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es unverantwortlich, aus dem Thüringen-Monitor heraus die Krise der sozialen Marktwirtschaft oder gar die Krise der Demokratie auszurufen.

Meine Damen und Herren, aber ich will auch einen anderen Punkt aufgreifen, der nicht erst in dieser Ausgabe des Thüringen-Monitors uns besonders nachdenklich stimmt. Drei von vier Befragten glauben von Anfang an, die Gesellschaft sei ungerecht. Der Anteil

der Menschen, die meinen, nicht den gerechten Anteil zu bekommen, steigt langsam aber stetig, und liegt jetzt nach dem aktuellen Thüringen-Monitor bei 62 Prozent. Dieses Thema ist deshalb auch für die politische Kultur wichtig, weil Gerechtigkeitswahrnehmung, das Empfinden einer Gerechtigkeitslücke bei den Thüringern und Diskriminierungsempfinden letztendlich auch Einfluss auf Demokratiezufriedenheit haben. Diese Anfrage darf man deshalb nicht loslassen; auch wenn ich oder auch wir insgesamt darauf keine abschließenden Antworten haben. Aber wir verstehen völlig, wenn Menschen empört sind über absurd hohe Managergehälter, die auch im Rahmen der Finanzmarktkrise zu Recht wieder thematisiert worden sind. Da sind Praktiken eingerissen, die wir so nicht stehenlassen können in der Zukunft. Nicht umsonst hat ein Karikaturist überspitzt nämlich die aktuelle Debatte auf den Punkt gebracht und aus den überzogenen Managergehältern jetzt auf "Rettungspaketannahmeboni" verwiesen. Wir müssen diesem Treiben, das sich international breitgemacht hat bei den Managern, in den Banken und Finanzinstituten ein Ende bereiten. Dafür ist jetzt die Zeit gekommen.
(Beifall CDU)

Aber wir meinen auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass erzwungene sozialökonomische Gleichheit nicht die Antwort darauf sein kann. In 40 Jahren DDR-Sozialismus konnten wir alle erleben und erfahren, dass die Freiheit zerstört und Kreativität erstickt wird, wenn ein Maximum an Gleichheit politisch herbeigeführt werden will. Kollektivistische Weltbilder sind letztlich immer wieder freiheits- und demokratiefeindlich. Meine Damen und Herren, wir setzen als Union auf Chancengleichheit. Das ist bekanntermaßen etwas anderes als Ergebnisgleichheit.
(Beifall CDU)

Dazu gehört aber auch ein leistungsfähiges, ein effizientes und ein begabungsgerechtes Bildungssystem. Die Herkunft darf nicht über die Zukunft bestimmen. Deshalb ist es zuletzt immer wieder aus unserem christlichen Menschenbild heraus der erste Anspruch, am Anfang gleiche Startchancen zu schaffen, damit man auch in der Zukunft seine Chancen bekommen kann. Wir sind froh und wir wissen, dass wir in Thüringen damit noch nicht am Ziel sind, aber

wir sind weit vorangekommen. Die PISA-Studie selbst hat es vor zwei Wochen belegt, die soziale Durchlässigkeit unseres Bildungssystems ist in Thüringen stark. Wir müssen weiter daran arbeiten, aber es ist ein gutes Fundament, dass jeder in Thüringen beste Bildung bekommen kann und soziale Herkunft eben nicht die Rolle spielt, die Sie manchmal gern bei den Bildungsfragen herbeireden möchten.

(Beifall CDU)

Mit Blick auf die IGLU-Studie, die nachgewiesen hat, dass Thüringen bei der Frage der Lesekompetenz seiner Schüler in den vierten Klassen Weltspitze ist, will ich kurz aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" von gestern zitieren, die dazu Folgendes gesagt hat: "Auffällig ist, dass ausschließlich unionsregierte Länder an der Spitze liegen. Thüringen erreicht insbesondere Weltspitze. Die Kontinuität in der Bildungspolitik in den erfolgreichen Ländern scheint ein Beleg dafür zu sein, dass gesetzte Rahmenbedingungen meist verbindlichen Leistungserwartungen den Rücken freihalten für Reformen nach innen." Für uns ist das Lob, aber zugleich auch Ansporn, Weltspitze in Thüringen bei der Lesekompetenz zu sein. Wir sind stolz auf unsere Thüringer Schüler in den vierten Klassen.

(Beifall CDU)

Ansonsten will ich auch gar nicht verhehlen: Wir setzen in diesem Punkt auch auf den langen Atem und wir werden weiter Überzeugungsarbeit leisten. Für die CDU gehören Freiheit und Gerechtigkeit und Solidarität immer zusammen. Sie werden durch die Subsidiarität in ein lebensfähiges Verhältnis zueinander gesetzt. Wir werden für diesen Dreiklang auch weiter werben. Es ist überflüssig zu sagen, dass die Lektüre des Thüringen-Monitors 2008 für jeden Haushälter letztlich ein Genuss ist. Mit Blick auf die Zukunftsprobleme zeigen die Bürgerinnen und Bürger eine bemerkenswerte Klarsicht und ein gerüttelt Maß an Weisheit, weil die Thüringer auf Nachhaltigkeit setzen und die Thüringer setzen auch auf Generationengerechtigkeit. Völlig richtig werden die finanziellen Probleme auf der Ausgaben- und nicht auf der Einnahmenseite gesehen. Der Ministerpräsident hat das deutlich in seiner Regierungserklärung geschildert. Die Anhänger höherer Steuern und neuer Schulden sind klar in der Minderheit in Thüringen. Niemand will Fettlebe auf Kosten der kommenden Generationen.

(Beifall CDU)

Niemand will das - mehr als zwei Drittel sind sogar für einen Abbau der Staatsverschuldung. Die Leute in Thüringen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind klüger als unsere Opposition. Sie wissen, die durch die Verschuldung entstandene Krise kann nicht durch neue Staatsschulden gelöst werden.

(Beifall CDU)

Inwieweit sinnvolle marktwirtschaftliche Lösungen verankert sind, das zeigt sich auch am klaren Vorrang für den ersten Arbeitsmarkt. Die Bürgerinnen und Bürger haben begriffen, dass Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und zweite oder dritte Arbeitsmärkte nicht taugen, sondern letztendlich Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft entstehen müssen. Dass die Sorge der Thüringer um ihren Arbeitsplatz berechtigt ist, zeigt auch die Bedeutung, dass kurz nach der Abwanderung diese Frage sich auf Platz 2 wiederfindet. Ich will aber auch anmerken, dass trotz der schon Monate währenden Finanz- und Wirtschaftskrise wir den zweiten Monat hintereinander mit 9,9 Prozent Arbeitslosenquote den niedrigsten Wert seit Wiederbegründung des Freistaats Thüringen erreicht haben. Da einmal kurz innezuhalten, da einmal kurz stolz darauf zu sein, dass wir diese Leistung vollbracht haben, dafür ist manchmal - wie jetzt - ein guter Moment gegeben.

(Beifall CDU)

Wer dieses Kapitel liest, wo genau das abgefragt wird im Thüringen-Monitor, den wird auch die Kompetenzbeschreibung für die politischen Parteien nicht mehr wundern. Die Brot- und Butterthemen gehen mit der CDU nach Hause. Sie ist in der Sicht der Bürger die kompetenteste Partei. Dass die CDU die bessere Bildungs- und die realistischere Sozialpolitik im Portfolio hat, wird sich auf Dauer in Thüringen bestätigen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir für diesen ersten Teil auch einen kurzen Blick auf die Thüringer Landtag - 4. Wahlperiode - 99. Sitzung, 11.12.2008 9869 Teile des Thüringen-Monitors 2008, die in den vergangenen Jahren regelmäßig erhoben wurden - das ist die politische Kultur und die Frage des Extremismus. Auch in diesem Jahr steht für eine Institution wie den Thüringer Landtag überall die parlamentarische Demokratie wie bei den Bürgerinnen und Bürgern

Thüringens eine sichere Bank. Die Idee der Demokratie und die der Verfassungsordnung werden erneut von rund 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger bejaht. Unser Augenmerk liegt aber in verstärkter politischer Bildungsarbeit bei den 20 Prozent Thüringern, die der Idee der Demokratie immer noch und offensichtlich auf Dauer seit der Erhebung des Thüringen-Monitors kritisch gegenüberstehen. Nach wie vor findet allerdings die politische Praxis wenig Zustimmung. Das politische Engagement lässt nach Ansicht der Verfasser des Thüringen-Monitors ebenfalls zu wünschen übrig. Ihr Fazit ist: "Die Demokratie hat ein festes Wurzelwerk, sie ist aber keine Herzensangelegenheit."

Ich meine, wir als Politik können selbst dazu beitragen, dass parlamentarische Demokratie halt auch Herzensangelegenheit ist. Wir meinen aber, dazu gehört auch immer wieder Ehrlichkeit und manchmal auch - obwohl man politisch vielleicht opportun anderer Meinung sein möge - bei Wahrhaftigkeit zu bleiben.

Wer in dieser Woche - ich will das ganz kurz einblenden - ein Interview von dem Präsidiumsmitglied Christoph Matschie gelesen hat, als es um die Frage der Kindergelderhöhung ging, hier stand die Frage Bundesrats- und Bundestagsentscheidung, dort konnten wir lesen, dass das Präsidiumsmitglied der Presse gegenüber gesagt hat, die CDU-geführten Länder in der Bundesrepublik Deutschland hätten die vom Bundestag und von der Koalition beschlossene Kindergelderhöhung abgelehnt, und hat damit gesagt,

jetzt würde nur die Union das blockieren, was die Große Koalition auf den Weg gebracht hat. Ich stelle fest, das war nicht die Wahrheit; es war eine Lüge! (Beifall CDU)

Weil nicht nur die unionsgeführten Bundesländer, die im Bundesrat gesagt haben, wir wollen noch einmal über die Mitfinanzierungsfragen reden, sondern weil 16:0 - egal ob "unionsgeführt", egal ob "schwarz-gelbgeführt", egal ob "rot-rot-geführt", egal ob "rot" allein geführt wie in Rheinland Pfalz, egal ob "CSU/FDPgeführt" - alle Bundesländer unisono gesagt haben:

liebe Bundeskanzlerin, lieber Bundesfinanzminister, die 700 Mio. € Belastung für die Bundesländer wollen wir nicht allein tragen; wir wollen noch mal reden. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Matschie, hat nicht nur die Bundeskanzlerin, sondern auch der SPD-Finanzminister

Steinbrück für dieses Ansinnen der Bundesländer Verständnis. Sie sind der Einzige in Deutschland, der das nicht verstehen will.

(Beifall CDU)

Aber zurück zum Thüringen-Monitor - es ist nicht unmittelbar beunruhigend -, zu Recht verweisen die Wissenschaftler der Uni Jena darauf, dass Demokratie mit der freiwilligen Teilhabe an ihr lebt und wir immer wieder auch dazu ermuntern müssen. Deshalb muss es unser gemeinsames Ziel in diesem Haus sein, die demokratische freiwillige Teilhabe zu einer Herzensangelegenheit der Thüringer zu machen. Die CDU-Fraktion hat in zwei Gesetzen in diesem Herbst darauf hingewirkt.

Das erste war das Gesetz zur Thüringer Landgemeinde. Es war unser Ziel, Gestaltungsspielräume auch dann zu erhalten, wenn die demographische Entwicklung ein Zusammenrücken und die Aufgabe voller rechtlicher Selbständigkeiten am Ende erzwingt. In diesem Kurs bestätigt uns auch der Mitte November von der Prognos-AG veröffentlichte "Engagement-Atlas 2009". Da kann man manches Aufschlussreiche über Ehrenamt in Deutschland lesen, auch darüber, unter welchen Bedingungen es besonders blüht. Eine Bedingung ist im "Ehrenamt-Atlas" wie folgt beschrieben: "Je kleiner die Gemeinde, desto größer das ehrenamtliche Engagement." Dieses Engagement geht mit zunehmender Einwohnerzahl fast linear zurück.

Das Fazit der Autoren bei der Prognos-AG ist Folgendes: Bürgerschaftliches Engagement stützt sich wesentlich auf die Integration der Bürgerinnen und Bürger in ihr lokales Umfeld. Überschaubare und dichte Sozialbeziehungen bieten die besten Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement. Für mich heißt das auch - überschaubare Strukturen fördern Teilhabe und Demokratie; Großstrukturen wirken dem genau entgegen. Deshalb lehnen wir diese Vorschläge immer wieder ab.

(Beifall CDU)

Wir meinen - dazu haben wir heftig debattiert -, ein Beitrag für mehr Teilhabe an Demokratie ist das Bürgerbeteiligungsgesetz. Es erleichtert kleineren Gruppen den Zugang zu den Kommunalparlamenten, stärkt die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte und senkt gegenüber den bisherigen Regeln die Hürden

für Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene. Dieses Instrument wird erstmals auch für Bürger nutzbar hinter denen keine organisierten Interessengruppen stehen. Im Übrigen werden wir aktuell in diesen Monaten im Thüringer Landtag den Volksgesetzgebungsentwurf hier intensiv und ohne Vorbehalte beraten.

Ich will es noch einmal sagen: Wir werden auch weiterhin das Gespräch mit den beiden engagierten Vertrauensleuten des Volksbegehrens führen und suchen.

9870 Thüringer Landtag - 4. Wahlperiode - 99. Sitzung, 11.12.2008

Zu einer Herzensangelegenheit muss die Demokratie auch werden, weil sie immer noch die wirksamste Immunisierung gegen die Einflüsterung von Extremisten ist. Erneut hat der Thüringen-Monitor Bürgerinnen und Bürger, die mit der parlamentarischen Demokratie über Kreuz liegen, erfasst. Einige Zahlen will ich noch einmal in Erinnerung rufen: Die Gruppe der ausgesprochenen Eildemokraten wird mit 7 Prozent angegeben. Eine Diktatur im nationalen Interesse ist für 4 Prozent eine Option, der sie voll zustimmen, und 13 Prozent immerhin eher zustimmen. Der harte Kern der rechtsextrem Eingestellten mit einem gefestigten Weltbild liegt bei 6 Prozent. Und 21 Prozent der Befragten wollen gar zu einer sozialistischen Ordnung zurück. Da liegt eine echte Herausforderung, wengleich sich dieser Befund nicht unmittelbar niederschlägt. Der Thüringen-Monitor 2008 konstatiert einen geringeren Rückhalt für rechtsextreme Parteien. Die Neigung zu solchen Parteien wird mit 1,3 Prozent gemessen. 97 Prozent halten sie für politisch inkompetent und sie stoßen zum Glück bei der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung auf klare Ablehnung. Aber wir wissen auch, dass wir durch den Wegfall der 5-Prozent-Hürde im nächsten Jahr bei den Kommunalwahlen am 7. Juni vor einer besonderen Herausforderung stehen. Wer sich die politische Landschaft in Deutschland anschaut im Jahr 2008, der weiß, weil wir in Thüringen so lange an der 5-Prozent-Hürde bei den Kommunalwahlen festgehalten haben, waren wir - gottlob der klugen Entscheidung der Thüringer Wähler - das einzige Bundesland, in dem noch nie Rechtsextremisten Platz in diesem Haus gefunden haben.

(Beifall CDU)

Und wir waren - gottlob - das einzige Bundesland,

in dem noch nie Rechtsextremisten in den Kommunalparlamenten Platz gefunden haben.

(Beifall CDU)

Es bleibt unsere Herausforderung auch im nächsten Jahr, die Tür für diese Rechtsextremisten zuzusperren.

Aber es wird eine besondere Herausforderung, weil auch wir jetzt in Thüringen nicht mehr die 5-Prozent-Hürde als Schutz für die demokratische Kultur in dieser Frage haben.

Meine Damen und Herren, insbesondere die schwache Position rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen ist erfreulich. Winfried Schreiber, oberster Verfassungsschützer von Brandenburg, hält gar den Vormarsch der rechtsextremen NPD für gestoppt. Darauf würde ich mich zwar nicht verlassen, aber die Indizien für eine Partei in Auflösung mehren sich tatsächlich. In Thüringen kommen Landesregierung, Kommunen und Vereine und zivilgesellschaftliches Engagement die Aufgabe und das Verdienst zu, gegen Extremismus auf beiden Seiten und Gewalt Flagge zu zeigen.

Die Landesregierung setzt sich koordiniert und konsequent mit allen Formen des politischen Extremismus auseinander und tut insbesondere viel dafür, extremistische Haltungen gar nicht erst entstehen zu lassen. Das ergibt sich erneut aus dem zum wiederholten Male vorgelegten Jahresbericht im Rahmen unserer Parlamentsinitiative für Demokratie und Toleranz. Das Innen-, das Justiz- und das Kultusministerium sowie letztlich auch die Landesstelle für Gewaltprävention gehen auf vielfältige Weise gegen Extremismus vor. Dabei kooperieren sie mit gesellschaftlichen Akteuren, ich verweise unter anderem auf die knapp 2 Mio. €, die in diesem Jahr von Bund und Land im Rahmen verschiedener Bundesprogramme zur Verfügung gestellt werden. Begünstigt ist u.a. die Kontakt- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Thüringen, die den Kommunen als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Aber ich will auch nicht verhehlen, auch die Thüringer Kommunen ziehen hervorragend mit und können sich insbesondere auf die Richtlinie des Thüringer Innenministeriums dazu stützen. Ich verweise zugleich auf die intensive Zusammenarbeit mit dem Thüringer Sport und den Thüringer Feuerwehren, die verhindern sollen, dass das Vereinswesen zum Tummelplatz für

Extremisten wird.

(Beifall CDU)

Aber letztlich genauso bedeutsam sind für uns Projekte, die bei Kindern und Jugendlichen ansetzen.

Durch kontinuierliche und fächerübergreifende Demokratieerziehung und gezielte Projekte gegen Gewalt

wird darauf hingearbeitet, dass Kinder und Jugendliche

Extremisten gar nicht erst auf den Leim gehen

und auch demokratisches Verhalten üben können.

Wir meinen, dass politischer Jugendarbeit und politischer

Bildung dabei eine besondere Bedeutung in

der Zukunft zukommt.

Meine Damen und Herren, so wichtig wie dieser Blick

auf den Thüringen-Monitor ist, so wichtig ist es auch

zu schauen, was ist in dieser aktuellen Lage an Handlungsmöglichkeiten gegeben.

Wir haben heute auf der Tagesordnung im Plenum

noch mehrere Tagesordnungspunkte, die sich damit

beschäftigen: TOP 13 zur Frage, Vorschlag der Linksparteifraktion,

was kann man auf kommunaler Ebene

tun, aber auch in TOP 21, wo beide Oppositionsfraktionen

noch einmal Vorschläge unterbreitet haben.

Aber wir meinen, dass es schon wichtig ist, mit Ruhe

und mit Vertrauen darauf zu schauen, was gegenwärtig

passiert. Wir meinen auch, wer sein Stroh jetzt

verfeuert, hat keines mehr, wenn er es braucht. Man

sollte es einsetzen, wenn das Feuer zu verglimmen

Thüringer Landtag - 4. Wahlperiode - 99. Sitzung, 11.12.2008 9871

droht, nicht wenn das Holz noch ganz gut brennt.

(Beifall CDU)

Und vor allen Dingen, meine Damen und Herren,

wenn es stimmt und sich bewahrheitet, dass wir die

schlimmste Rezession der Nachkriegszeit zu befürchten

haben, dann werden wir mit einigen Jahren der

Flaute zu kämpfen haben. Die letzte Flaute war

schlimm genug. Wer sich erinnerte, sie dauerte von

Sommer 2001 bis zum Sommer 2005, immerhin vier

Jahre, und die damalige Bundesregierung, die hat

die letzte Flaute nicht in den Griff bekommen. Sie

waren Mitglied dieser Bundesregierung und letztendlich

hat das auch zur Abwahl geführt. Wenn wir aber

vor vielen Jahren Flaute stehen, dann nützen uns

keine Programme für wenige Monate, dann nützen

uns keine befristeten Programme, weil wir durch die

Flaute und durchs Feuer über mehrere Jahre gehen

müssen und weil die Bürger von uns erwarten, dass

wir ihnen eine Zukunftsperspektive bieten und ihnen nicht jeden Tag durch neue Botschaften Angst machen. Ich wäre gespannt, wenn der Bundesfinanzminister Peer Steinbrück Ihre Vorschläge hören würde; ich glaube, er würde Ihnen, Herr Matschie, an dieser Stelle manchmal im stillen Raume die Ohren langziehen für die Absurdität Ihrer Vorschläge.

(Beifall CDU)

Natürlich wissen wir, mit einem mehrjährigen Konjunkturprogramm zum Ausgleich einer solchen Krise überhebt sich der Staat letztendlich und wer die letzten Wirtschaftsjahre nach Japan schaut und da auch mal seine Analysen zieht, der weiß, dass Japan ein abschreckendes Beispiel ist, wie man mit antizyklischer Schuldenpolitik am Ende scheitern kann.

Mit Blick auf die demographischen Herausforderungen, die in Japan ähnlich gestaltet sind, wie wir sie in Deutschland erwarten, dann weiß man, dann riskiert die Politik in einer alternden Gesellschaft den Staatsbankrott, wenn sie weiter auf Verschuldungspolitik setzt. Deshalb ist Augenmaß gefragt und deshalb stimmen wir den Thüringern zu, die im Thüringen-Monitor gesagt haben, es muss ein Ziel von Politik bleiben, nicht auf neue Schulden zu setzen, sondern aufseiten des Staates bei den Ausgaben zu schauen, was kann man sich leisten. Niemand will durch neue Schulden neue Pumpolitik und will dieselben Fehler machen, die Ausgangspunkt für diese Krise sind.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Alle Schulden, die Thüringen hat, hat die CDU gemacht, Herr Mohring.)

Und jetzt sagen Sie, Herr Matschie, die Finanzministerin

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE:

Sie haben keine Ahnung, Sie müssen jetzt Impulse setzen, nicht vier Wochen vor der Wahl.)

soll die Rücklagen, die wir in diesem Jahr angespart haben - wir werden sehen, wie es sich am Jahresende darstellt, noch sind wir nicht beim Haushaltsvollzug am Ende -, jetzt sagen Sie mit einer Milchmädchenrechnung, nehmen Sie 100 Mio. €, die dieses Jahr übrig bleiben, verbrennt sie jetzt und dann haben wir nächstes Jahr ein gutes Jahr. Aber das ist wie mit Ihrer Haushaltspolitik in den letzten Jahren insgesamt, Sie nehmen immer nur den aktuellen Tagesmoment

in den Blick und vergessen völlig, welche Erwartungen uns im Haushaltsvollzug im nächsten Jahr auch begleiten werden. Wir haben einen beschlossenen Haushalt auch für das nächste Jahr.

Das ist gut, weil uns das befreit, jetzt in populistische Debatten einzutreten, weil wir aus der November-Steuerschätzung wissen, dass wir im nächsten Jahr mit Steuerverlusten von 73 Mio. € zu rechnen haben. Die stehen fest und die Mai-Steuerschätzung wird dieses Ergebnis aus dem November noch einmal konkretisieren. Wir werden wissen, was das dann für den Haushaltsvollzug heißt. Wir wissen aber auch, dass durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in dieser Woche zur Rückzahlung der Pendlerpauschale, weil die Verfassungswidrigkeit festgestellt wurde, uns allein in Thüringen die Nachzahlungen 90 Mio. € kosten werden. Wir wissen auch, dass im Januar Tarifverhandlungen anstehen. Heute sind angekündigt 1.000 Gewerkschafter, die eingeladen sind, ausweislich einer E-Mail der KOMBA, heute erst zu demonstrieren und dann auf den Weihnachtsmarkt zu gehen; das ist eine gute Verbindung, das kann man ja auch tun, dann kann man das eine mit dem anderen gut verbinden. Aber wir wissen, wir verhandeln ab Januar. Wir müssen damit rechnen, dass wir auch Tarifierhöhungen beschließen und jedes Prozent Tarifsteigerung kostet den Thüringer Landeshaushalt 45 Mio. €. Das muss man einplanen und wenn es im Haushalt nicht eingespeist ist, muss man das als guter Haushälter als Risikoerwartung mit einschätzen. Wir wissen auch, dass Abfinanzierungen - ganz normales Haushaltsrecht - von Resten aus dem letzten Jahr immer wieder eine Rolle spielen. Aber wir wissen auch, dass wir auch Vorsorge dafür treffen müssen, wenn die Rezession tatsächlich weiter anhält und die Flaute vielleicht das nächste Jahr, aber auch das übernächste Jahr ergreift und wir noch gemeinsam international und national nach Anstrengungen suchen - und es ist vor allen Dingen Aufgabe in dieser schwierigen Zeit, zuerst in der Bundesregierung Impulse zu setzen -, dass die Bundesregierung dann bei solchen Impulsen auch die Länder in die Pflicht zur Kofinanzierung nehmen wird. Deshalb können wir nicht jetzt das Wenige, was wir an Rücklagen haben, aufbrauchen, damit

9872 Thüringer Landtag - 4. Wahlperiode - 99. Sitzung, 11.12.2008

wir im nächsten Jahr, wenn wir die Impulse brauchen, das Feuer wieder zum Brennen bringen können, damit es gut vorangeht. Da können wir nicht jetzt alles verbrennen, neue Schulden machen und nächstes Jahr wie der kleine Hans dastehen und nicht mehr wissen, wie es weitergeht. Deshalb machen wir das nicht, was Sie wollen; das ist populistisch, das ist unseriös und das funktioniert auch nicht.

(Beifall CDU)

Knapp 300 Mio. € erwarten wir an zusätzlichen Risiken im nächsten Jahr, wenn das so kommt, wie ich es vorher beschrieben habe, die nicht im Haushalt eingespeist sind, über die wir Vorsorge treffen müssen.

Wir wollen weder jetzt noch in der Zukunft weitere Schulden machen. Wir wissen, dass wir uns mit Peer Steinbrück da ganz eng zusammen befinden. Herr Steinbrück sagt zu Recht, dass er ablehnt, dass jeden Tag neue Ausgabenvorschläge gemacht werden, dass er ablehnt, dass Panik herbeigeredet wird und vieles herbeigeredet wird in dieser Frage. Ich will an dieser Stelle auch dem Chefredakteur der "Thüringer Allgemeinen", Sergej Lochthofen, zustimmen, der in seiner Zeitung am 6. Dezember Folgendes feststellte: "Die Bundesregierung hat ein gutes Werk getan, wenn sie sich nicht am täglichen Alarm beteiligt, und es gilt für dieses Land, für diesen Freistaat Thüringen genauso." Keine Alarmpolitik, sondern Vertrauenspolitik, das ist in diesen Tagen gefragt. Diese Landesregierung, mit Herrn Althaus und Frau Diezel an der Spitze, steht dafür ein, diese verantwortliche Politik wollen wir wahrnehmen. Das ist unsere Aufgabe. Auf zwei Ihrer Vorschläge, Herr Matschie, will ich noch eingehen; die taugen nichts. Ich habe die ganzen Tage darauf gewartet, seitdem Sie all das vorgeschlagen haben, Sie schlagen als Impuls vor, Sozialversicherungsbeiträge abzusenken. Da will ich in Erinnerung rufen, wir regieren gemeinsam in Berlin. Diese Koalition hat es geschafft, von 6,8 Prozent Arbeitslosenbeitrag jetzt auf 2,8 Prozent den Beitrag abzusenken. Es hätte niemand gedacht, dass es diese Regierung schafft. Das haben wir gemeinsam auf den Weg gebracht. Was gibt es noch für Sozialversicherungsbeiträge, die man abschaffen oder reduzieren kann, wie Sie sagen. Da fällt mir der Beitrag zur Gesundheitsversicherung

ein. Da will ich nicht verhehlen, dass im nächsten Jahr mit dem Gesundheitsfonds insbesondere für die Thüringer die große Belastung zukommt, weil durch den Durchschnittsbeitrag und die Ausschaltung des Wettbewerbs für ein Jahr der Beitragssatz auf 15,5 Prozent ansteigt. Das heißt für so manchen Thüringer, abzüglich der Senkung des Arbeitslosenbeitrags 2,5 Prozent mehr Belastung und ein Stück weniger Netto. Ich will das nicht verhehlen, weil es dazugehört. Also scheidet offensichtlich auch das aus, weil es gerade beschlossen wurde. Ich glaube einfach nicht, weil sie eben ein Stück Ressortverantwortung hatten in Berlin, dass Sie jetzt meinen, man soll den Rentenbeitrag absenken. Das glaube ich nicht, weil das natürlich generationenungerecht ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das meinen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Wir haben den Vorschlag zur Arbeitslosenversicherung gemacht, haben Sie nicht zugehört?)

Ich habe überlegt. Heute haben Sie die Katze aus dem Sack gelassen und sagen: Ihr Vorschlag ist, die Bundesregierung übernimmt für ein halbes Jahr den Sozialversicherungsbeitrag zur Arbeitslosenkasse - für ein halbes Jahr. Was ist denn das für eine Politik? Was ist denn das für ein zündelndes Strohfeuer? Was ist denn das für ein Ankurbeln der Konjunktur, wenn alle wissen, dass am Ende des halben Jahres der Beitragsübernahme wieder eine Beitragserhöhung ansteht. Was ist das für eine Zukunftsoption? Wer soll da Vertrauen schöpfen, wer soll da konsumieren, wer soll da investieren? Sie schrecken ab, anstatt zu beruhigen. So ein absurder Vorschlag kann nur von Ihnen kommen.

(Beifall CDU)

Dann schlagen Sie eine Erweiterung des Bürgschaftsrahmens vor. Ein Stück in den Haushalt geschaut, offenbart viel Weisheit. Dort steht drin: im Jahr 2008 Bürgschaftsrahmen für den Freistaat Thüringen 200 Mio. €. Wenn man jetzt seine Fachleute in der Fraktion fragt - ich weiß, Sie haben nicht viele, die Fraktion ist relativ klein, aber in jedem Ausschuss sitzt trotzdem einer -, da hätte Ihnen der Zuständige sagen können, die Inanspruchnahme aus dem Bürgschaftsrahmen von 200 Mio. € in diesem Jahr sind

35 Mio. €.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Wir reden über nächstes Jahr, Herr Mohring!)

Jetzt sagen Sie, packt auf die 200 Mio. € noch 100 Mio. € Bürgschaftsrahmen drauf, damit dann von 300 Mio. noch 35 Mio. € in Anspruch genommen sind.

Gute Weisheit, gute Mathematik. Nur gut, dass die SPD auch bei PISA nicht geprüft wurde, auch dort hätten sie nur den Thüringer Durchschnitt gesenkt.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Sie dürfen nicht in den Rückspiegel schauen, Sie müssen nach vorn schauen beim Fahren.)

Thüringer Landtag - 4. Wahlperiode - 99. Sitzung, 11.12.2008 9873

Unsere Schüler haben ihn angehoben und wir sind stolz auf die Schüler und sind froh, dass Sie nicht geprüft worden sind.

(Beifall CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung jetzt zu Recht genau den richtigen Impuls gesetzt bei der Frage des Landesstraßenbauprogramms 2009 bis 2013.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das habt ihr jahrelang abgelehnt.)

Wir brauchen Impulse, die langfristig tragen. Wir brauchen keine Halbjahreseffekte. Wir brauchen keine Konsumgutscheine, die schon vor Weihnachten wieder verfrühstückt sind. Wir brauchen Impulse, die Planungssicherheit geben für die, die investieren wollen. Wir brauchen Planungssicherheit für die, die die Leistung erbringen können. Wir brauchen Planungssicherheit für die kommunalen Verantwortlichen, die die Haushalte aufstellen, und letztendlich brauchen wir Seriosität, die dazugehört, und wir brauchen die Selbstverpflichtung für uns, das hat die Regierung diese Woche unter Beweis gestellt und auch was die Fraktion und die Union in dieser Woche auf ihrer Konferenz beschlossen haben. Wir müssen die Investitionen, die wir vorhaben, so vorziehen, dass sie schneller gemacht werden können mit weniger Bürokratie, mit weniger Aufwand, dass die Planungen ein Stück schneller abgeschlossen werden, dass die Impulse jetzt gesetzt werden. Das, was wir uns in den Haushalten, hier im Land und in den Kommunen, in den Landkreisen vorgenommen haben an Investitionen, dass das tatsächlich auch stattfindet.

Dazu brauchen wir Liquidität, damit wir auch mit Drittmitteln all das abschöpfen können, was uns Dritte, die EU und auch der Bund, zur Verfügung stellen und auch in der Zukunft zur Verfügung stellen werden. Dann können wir mit Vertrauen auf die Krise reagieren. Der Thüringen-Monitor gibt uns recht, wir sind froh, dass die Thüringer weiter sind als unsere Opposition. Wir kämpfen für ein gutes Thüringen. Der Thüringen-Monitor gibt uns Anlass für gute Zuversicht und eine gute Zukunft in diesem Freistaat. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.
(Beifall CDU)